

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Juli 2017

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) und den [Haftungsausschluss](#) finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion, 2017-01-17

Inhalt dieser Ausgabe

- **Susanne Holsteiner, Bernd Duschner: [Unser Krieg gegen Syrien](#)**
- **Carl Waßmuth: [Durchpeitschen der Autobahnprivatisierung deckt sieben Kurzschlüsse unserer Demokratie auf](#)**
- **Mehr Demokratie e.V.: [Direkte Demokratie mit der SPD?](#)**
- **Kölner Stadt-Anzeiger: [Bürgerbegehren in Duisburg gegen outlet-Center](#)**
- **Monika Maron: [Links bin ich schon lange nicht mehr](#)**
- **Anonymous: [Wirtschaftsexperten sicher: USA hat deutsches Gold im Wert von 70 Mrd. Dollar gestohlen](#)**
- **Wolfgang Lieb: [Warum profitiert die Linke nicht von der Krise?](#)**
- **Ralf Streck: [Portugal zahlt Schulden vorzeitig an den IWF zurück](#)**

Liebe Bürgerbrief-Leser,

die Redaktion ist immer bemüht, möglichst positive Beispiele von bürgernahem Engagement zu sammeln. Die finden sich öfter als man denkt, z.B. auch in lokalen Zeitungen. Uns ist es nicht möglich, alle Informationsquellen angemessen wahrzunehmen und auszuwerten. Deshalb bitten wir Sie, arbeiten Sie mit! Achten Sie auf ermutigende Nachrichten von bürgerschaftlichem Engagement in Zeitungen – oder auch im Internet, im Radio oder Fernsehen, schreiben Sie gerne Zusammenfassungen davon und/oder schicken Sie uns auf jeden Fall den Link dazu, damit wir solche Beispiele in unseren Bürgerbrief aufnehmen können. **Vielen Dank.**

- Susanne Holsteiner, Bernd Duschner: **Unser Krieg gegen Syrien**

"[Das ist unser Krieg dort in Syrien](#)", meint der Friedensaktivist Bernd Duschner aus dem bayerischen Pfaffenhofen. Er ist der lebende Gegenbeweis zur Behauptung, dass der Einzelne ja sowieso nichts bewirken kann; dass uns bei aller Empörung ja doch nur der Rückzug ins Private bleibt, in die Resignation angesichts der Kriegsmaschinerie, die in immer neuen Ecken der Welt angeworfen wird, um ganze Völker zu zermalmen.

Seit 1999, seit dem völkerrechtswidrigen Krieg der NATO gegen Serbien, hilft Bernd Duschner Menschen in kriegsversehrten Ländern. Mit seinem kleinen Verein 'Freundschaft mit Valjevo' schafft er tonnenweise Lebensmittel, Kleidung und medizinische Geräte nach Serbien, Afghanistan, dem Irak, Syrien. Immer wieder holt die Friedensinitiative kranke Kinder für lebensrettende Operationen nach Deutschland. In den letzten Jahren hat der Verein Kontakte aufgebaut zu einem Krankenhaus in Damaskus und hat es mit medizinischen Geräten ausgestattet. Alles auf Spendenbasis. Treibende Kraft hinter den Aktivitäten des Vereins ist sein Vorsitzender Bernd Duschner.

Duschner kennt die Fakten und Hintergründe des Krieges gegen Syrien ganz genau. Auf dieser Basis legt er im Interview mit Susanne Holsteiner die Zielsetzung und Interessen der USA, die Entwicklung bis zum Kriegsausbruch, die Rekrutierung und Unterstützung der Terrorgruppen sowie die Schlüsselrolle Deutschlands und der Medien in diesem Konflikt dar. Er stellt die Zielsetzung und Auswirkungen des Sanktionsregimes dar, das der Verein 'Freundschaft mit Valjevo' seit 2011 anprangert und gegen dessen Auswirkungen sich der Verein durch humanitäre Hilfe stemmt.

[Bernd Duschner](#), Jg. 1951, studierte Volkswirtschaft und Italienisch. Bis zu seiner Pensionierung war er Firmenkundenbetreuer für eine große Versicherungsgesellschaft. Seit Jahrzehnten ist er aktiv in der Friedensbewegung und leitet den [Verein "Freundschaft mit Valjevo e.V."](#) in der bayerischen Kreisstadt Pfaffenhofen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Carl Waßmuth: **Durchpeitschen der Autobahnprivatisierung deckt sieben Kurzschlüsse unserer Demokratie auf**

Am 01.06.2017 verabschiedete der Deutsche Bundestag ein Paket aus 13 Änderungen des Grundgesetzes und 19 Begleitgesetzen. Einen Tag später bestätigte der Bundesrat das Paket im Eilverfahren und einstimmig. Kern des Vorhabens ist die Privatisierung der Autobahnen. Mit dem Gesetzespaket werden die Autobahnen in Deutschland zentralisiert und ins Privatrecht überführt. Das materielle Eigentum an der neuen Gesellschaft und ihren Tochtergesellschaften bleibt beim Bund. Erstmals wurde eine materielle Privatisierungsform, sogenannte öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP), ins Grundgesetz aufgenommen.

Künftig kann nun das Management der neuen Gesellschaft den Neubau, Ausbau, Erhalt und Betrieb der Autobahnen auf dem Wege von ÖPP sukzessive oder auf einen Schlag privatisieren. Ermöglicht werden auch eigenkapital-ähnliche Anlageformen an der Gesellschaft selbst wie z.B. Genußscheine. Parallel wurde ÖPP in Schulen für förderfähig erklärt und mit 3,5 Mrd. Euro Fördergeld vom Bund ausgestattet. Damit hat die Bundesregierung insgesamt die Struktur für den umfangreichsten Privatisierungsprozess in Deutschland seit dem Börsengang der Deutschen Telekom geschaffen.

Diese Privatisierung wurde gegen die lautstarken und selbstbewussten Stimmen aus der Zivilgesellschaft beschlossen. Dabei, so stellt Carl Waßmuth vom Verein 'Gemeingut in BürgerInnenhand' fest, wurden [sieben "Kurzschlüsse unserer Demokratie" offenkundig](#):

Erstens sind Legislative und Exekutive verschmolzen, was sich in der Degradierung der Bundestagsabgeordneten als Stimmvieh für ein undemokratisches Gesamtpaket zeigte. Zweitens hat der Bundesrat als Kontrollinstanz versagt, was sich insbesondere im Abstimmungsverhalten des Bundesrates zeigte, der auf Regierungsdruck auf alle seine Einsprüche verzichtete. Drittens hat die Opposition versagt, als sie sich nicht kammerübergreifend einigen konnten.

Viertens haben sich die Gewerkschaften nicht gegen die Privatisierung gestemmt. Fünftens musste die parteiinterne Demokratie schon deshalb versagen, da sich die Parteien dafür nicht die

notwendige Zeit ausgeben haben. Sechstens hat die Kontrollfunktion des Bundesrechnungshofes versagt, als dieser seine früher geäußerten kritischen Punkte widerrief und zentrale Forderungen fallen ließ. Siebtens stellen die Medien kein relevantes Korrektiv mehr dar, da sie das rasante und undemokratische Verfahren nicht kritisierten.

[Carl Waßmuth](#) ist beratender Ingenieur, Infrastrukturexperte und Mitbegründer von „Gemeingut in BürgerInnenhand“. Die Initiative setzt sich für den Erhalt und die Demokratisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge ein. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Mehr Demokratie e.V.: **Direkte Demokratie mit der SPD?**

Der Verein 'Mehr Demokratie e.V.' stellt in einem kurzen Video Interviews mit führenden SPD-Politikern zusammen, in denen diese [zur direkten Demokratie / Volksabstimmungen befragt](#) werden. Sie nehmen alle positiv Stellung und benennen die CDU als Bremsklotz. Der Verein will nach der Bundestagswahl mit weiteren Kampagnen daran anknüpfen und das Thema vertiefen.

Die neue Landesregierung NRW hat [in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, Volksbegehren und Volksbefragungen weiterzuentwickeln](#). Außerdem sollen Bürgerbegehren dadurch vereinfacht werden, dass eine Rechtsprüfung nicht erst nach Einreichen der Unterschriften stattfindet (wenn es zu spät ist), sondern vor der Unterschriftensammlung.

Auf kommunaler Ebene waren in NRW [im ersten Halbjahr 2017 vier Bürgerentscheide erfolgreich](#), zweimal gab es ein „Nein“. Ein Begehren konnte mit dem Rat der betreffenden Stadt einen Kompromiss erzielen. Vier Bürgerbegehren wurden für unzulässig erklärt.

Wir Bürger sollten in Zukunft die SPD-Führer an ihre Worte und die NRW-Regierung an ihre Koalitionsvereinbarung erinnern. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Kölner Stadt-Anzeiger: **Bürgerbegehren in Duisburg gegen Outlet-Center**

Doppelt so viele Unterschriften wie nötig hat eine Duisburger [Bürgerinitiative gegen ein geplantes Outlet-Center in Duisburg](#) gesammelt. Auf dem Gelände des ehemaligen Duisburger Güterbahnhofgeländes, bekannt auch durch die Tragödie bei der Love Parade 2010, soll nach dem Willen der Stadt ein Großinvestor ein 30'000 m² großes Outlet-Center errichten dürfen, das größte in Deutschland. Viele Bürger fürchten, dass damit Einzelhandel und Gastronomie in der Innenstadt stark gefährdet sind und eine Verödung dort stattfindet. Nach der erfolgreichen Unterschriftensammlung muss sich nun der Stadtrat mit dem Bürgerbegehren beschäftigen.

[Inhalt](#) ↑

- Monika Maron: **Links bin ich schon lange nicht mehr**

In einem literarisch unterhaltsam-anspruchsvollen Beitrag, der deswegen kaum zusammengefasst werden kann, schildert die Schriftstellerin ihre sehr persönlichen politischen Beobachtungen und Überlegungen vor der anstehenden Bundestagswahl. Sie will keine Kanzlerin Merkel für weitere 4 Jahre haben, sieht aber keine überzeugende Alternative, wie dies oder Schlimmeres verhindert werden könnte. Sie selbst sei in ihrer Jugend „links“ gewesen, findet sich jetzt aber mit ihren Beobachtungen und daraus folgenden Stellungnahmen an den rechten Rand gedrängt. Sie ist davon überzeugt, dass nicht sie sich verändert habe, sondern dass [der politische „Meinungskompass“ verdreht](#) wurde.

Die Redaktion teilt nicht unbedingt die angedeuteten politischen Perspektiven in diesem Text, findet die Zustandsbeschreibungen aber lesenswert und aufschlussreich. (Red.)

[Monika Maron](#), Jg. 1941, hat als Journalistin und Schriftstellerin bis 1 Jahr vor dem Mauerfall in der DDR gelebt. Ihr Stiefvater war eine Zeit lang Innenminister der DDR. Die DDR hat sie

verlassen, weil sie wegen ihres Buches „Flugasche“ (Umweltkritik, konnte nur im Westen verlegt werden) Schwierigkeiten bekam. Sie hat seither Bücher und [Artikel](#) geschrieben, die sich weiterhin kritisch mit gesellschaftlichen Themen befassen, teils literarisch, teils dokumentarisch, und renommierte Literaturpreise erhalten. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Anonymous: **Wirtschaftsexperten sicher: USA hat deutsches Gold im Wert von 70 Mrd. Dollar gestohlen**

1'500 Tonnen deutsches Gold lagern in den USA im Hochsicherheitstrakt der FED oder inzwischen evtl. in Tresoren der USA (als Staatsbesitz). Es stammt aus dem Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit und wurde von deutschen Männern und Frauen als Wert erarbeitet; es ist Ergebnis des großen Außenhandelsüberschusses in dieser Zeit, der in Gold angelegt wurde.

Seit einigen Jahren wurden immer wieder Stimmen laut, dass das Gold im heutigen Wert von ca. 70 Milliarden US-Dollar auf deutschen Boden zurückgehöre. 2012 war nach langen Verhandlungen vereinbart worden, dass 300 Tonnen (ein Fünftel des Gesamtwertes) bis 2020 zurückgeführt werden, in 2013 zunächst 50 Tonnen. Es kamen aber nur 37 Tonnen an; davon 32 Tonnen aus Paris und der Rest als neu gegossene Barren und mit dem Stempel „2013“. Führende Wirtschaftsexperten behaupten: "[Das deutsche Gold ist weg!](#)"

Vor kurzem wurde bekannt, dass diese 300-Tonnen-Rückführung abgebrochen werden soll. Damit wäre einer der größten Diebstähle der Weltgeschichte besiegelt.

[Inhalt](#) ↑

- Wolfgang Lieb: **Warum profitiert die Linke nicht von der Krise?**

Der Autor wies 2009 auf das „katastrophale Scheitern des Marktradikalismus und der Deregulierungsideologie“ hin. Die ungeheuren Schulden, die der Staat zur Rettung der Banken aber auch zur Stabilisierung der Wirtschaft aufbringen muss, werden die kleinen Steuerzahler und die staatlichen Transferempfänger bezahlen. Lieb wies auf das Paradox hin, dass „solche Kräfte, wie etwa die FDP oder Wirtschaftsliberale wie Baron zu Guttenberg, die genau die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Linie vertreten, die zur Katastrophe geführt hat, an Zustimmung gewinnen.“ Eigentlich müssten politische Kräfte, die dem Staat eine steuernde Funktion im Wirtschaftsprozess zuerkennen, Zustimmung gewinnen. Sie tun es aber nicht.

Lieb sah 2009 *und die NachDenkSeiten sehen heute* (Red.) Anlass, auf das Buch von Walter Otto Ötsch hinzuweisen, in dem das Zusammenspiel von Marktradikalismus und Propaganda historisch aufgearbeitet wird. Ötsch beschreibt wie einer der wirkungsmächtigsten Propagandisten des Neoliberalismus und zugleich ein bedeutender Theoretiker einer gelenkten Demokratie, der Journalist und Medienkritiker Walter Lippmann, dem marktradialen Denken zum Siegeszug verhalf.

Der Neoliberalismus – so Ötsch – sei eine Ideologie, die sich den Mantel der Wissenschaftlichkeit umlege, in wissenschaftlicher Sprache daherkomme und Voraussetzungen unterstelle, die es in der wirklichen Welt niemals gebe und die auch niemals eintreffen könnten. Damit aber diese Ideologie nicht von der Wirklichkeit eingeholt bzw. widerlegt werde, bedürfe sie ständiger Meinungsbeeinflussung und damit einer permanenten Propaganda. So sei etwa die Krise von 2007 bis 2009 kein Beleg gegen ihr neoliberales „Konzept“. [Empirische Befunde, die mit ihrem Glauben nicht vereinbar seien](#), würden einfach unterdrückt.

So findet nach Lieb eine grundlegende Debatte über eine wirtschaftspolitische Wende oder gar einen Neubeginn nicht statt. Die gesellschaftlichen Kräfte, die eine Alternative zum neoliberalen Dogma vorschlagen, haben weder eine durchdringende Stimme, noch könnten sie dem bestehenden Propagandaapparat etwas entgegensetzen.

Der acht Jahre alte Artikel ist auch deswegen aktuell, da hier das (Anti-)Demokratieverständnis des Propaganda-Theoretikers Lippmann dargestellt wird, das seit Jahrzehnten das demokratische System vergiftet. (Red.)

[Wolfgang Lieb](#), Jg. 1944, Jurist und Publizist. Er war Regierungssprecher und Staatssekretär in NRW. Von 2003 bis 2015 Mitherausgeber und Autor der politischen Website NachDenkSeiten von denen er sich [getrennt](#) hat, weil sich Form und Methode nicht in seinem Verständnis von Politik und Stil entwickelten. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Ralf Streck: Portugal zahlt Schulden vorzeitig an den IWF zurück**

Das ehemalige Krisenland Portugal hat erneut [frühzeitig Schulden an den IWF zurückgezahlt](#). 1 Mrd. Euro wurde nach Washington überwiesen und im August sollen weitere 2,6 Mrd. Euro folgen. Das Land fährt unter der Linksregierung den Kurs, die teuren IWF-Kredite so schnell wie möglich loszuwerden, um sich aus dem Würgegriff des IWF zu befreien.

Insgesamt will die Regierung in den kommenden beiden Jahren weitere 8,4 Mrd. Euro frühzeitig an den IWF zurückzahlen. Damit verblieben von einst 26,3 Mrd. Euro nur noch 4,6 an IWF-Schulden. Das Land kann sich damit Zinsen in Höhe von etwa 700 Mio. Euro ersparen, die stattdessen in Investitionen oder Sozialleistungen fließen können. Nun kommt auch der IWF nicht mehr umhin, das Land für seine Erfolge zu loben. So musste der Fonds seine Wachstumsprognose für das laufende Jahr auf 2,5% deutlich nach oben korrigieren und beurteilt die Konjunkturaussichten deutlich optimistischer als bisher.

Die Linksregierung ist aus der vom IWF propagierten Austeritätspolitik vor 19 Monaten - gegen den Willen aus Brüssel, Berlin und Washington ausgestiegen. Sie hat die von den Konservativen gekürzten Löhne und Renten wieder erhöht und die Steuererhöhungen zurückgenommen. Inzwischen hat das Land darüber das stärkste Wachstum seit fast 20 Jahren schaffen können. Ein Effekt des Aufschwungs ist, dass auch die Arbeitslosenquote praktisch auf den Durchschnitt im Euroraum gesenkt werden konnte.

Laut IWF soll die gute Konjunktur auch im kommenden Jahr anhalten.

[Ralf Streck](#), Jg. 1964, studierte Politikwissenschaft und Turkologie an der Universität in Frankfurt/M. Journalistische Tätigkeit bei Radio Dreyeckland in Freiburg und anderen Medien in Europa. Streck beschäftigt sich vor allem mit linken Unabhängigkeitsbestrebungen. Auch als Übersetzer tätig. (Red.)

[Inhalt](#) ↑